



VOLLE KRAFT FÜR DIE INDUSTRIE

EU, Österreich und Deutschland passen den Kurs an



HIGH-TECH IN LETTLAND
Lettischer Verkehrsminister im Interview

Seite 2



WIEN
Standort Wien – quo vadis?

Seite 12

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien

AKTIENBAROMETER
Bedeutung privater Vorsorge nimmt zu

Seite 5

Lettland stärkt seine Position in der globalen Hightech-Produktion

Der lettische Verkehrsminister Kaspars Briškens spricht im Interview darüber, wie sein Land das Investitionsumfeld verbessert hat und auf welche Schlüsseltechnologien die Industrie in Lettland setzt.



Der lettische Verkehrsminister Kaspars Briškens war für einen Austausch mit IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und weiteren Experten aus Österreich zu Gast im Haus der Industrie.

Können Sie uns etwas über die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der lettischen Regierung erzählen? Was sind Ihre aktuellen Pläne im Bereich Infrastruktur und Verkehr?

Kaspars Briškens: Lettland hat erhebliche Fortschritte bei der Schaffung eines vorhersehbareren und transparenteren Investitionsumfelds gemacht. Im Jahr 2024 haben wir Reformen umgesetzt, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, Genehmigungsprozesse zu vereinfachen und die Genehmigungsfristen für große Investitionsprojekte zu verkürzen. Unser Baugenehmigungsverfahren gehört nun zu den effizientesten und am stärksten digitalisierten in Europa. Investoren können Anträge somit bequem über ein integriertes Online-System einreichen, wodurch administrative Hürden verringert und Projektfristen deutlich beschleunigt werden. Darüber hinaus hat Lettland seinen Rahmen zur Förderung von Investitionen weiter optimiert. Vereinfachte Beschaffungsverfahren für Rohstoffe und ein beschleunigter Zugang zu wichtigen Ressourcen bieten Großinvestoren weitere Vorteile. Gleichzeitig wurden rechtliche Vorgaben gezielt an die Anforderungen strategischer Projekte angepasst, um Lettland als attraktiven Investitionsstandort zu stärken.

Die strategische Lage Lettlands an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien bietet einen unvergleichlichen Zugang zu über 500 Millionen Verbrauchern in der

EU und den angrenzenden Märkten. Der internationale Flughafen Riga, der größte im Baltikum, bietet Verbindungen zu über 100 internationalen Zielen – darunter 18 wöchentliche Flüge nach Österreich – und gewährleistet eine effiziente Logistik für Waren und Personal. Unsere nationale Fluggesellschaft airBaltic, die führende

„Unser Baugenehmigungsverfahren gehört zu den effizientesten in Europa.“

Kaspars Briškens,
Verkehrsminister Lettland

Airline im Baltikum, ist eine der am schnellsten wachsenden Fluggesellschaften in Europa. Mit einer modernen Flotte von 50 Airbus A220-300 verbindet sie die Region mit über 70 Zielen in Europa und darüber hinaus. Die Airline, mehrheitlich im Besitz des lettischen Staats, bereitet sich auf den allerersten Börsengang Lettlands vor – ein bedeutender Schritt für unsere Luftfahrtindustrie. Auch unsere Häfen in Riga, Ventspils und Liepāja spielen eine Schlüsselrolle. Sie entwickeln

sich von traditionellen Logistikkreuzen zu dynamischen Geschäftszentren, die Innovation und Wirtschaftswachstum ankurbeln. Insbesondere der Hafen von Liepāja wird zu einem zentralen Knotenpunkt für Wasserstoffinnovation und -entwicklung im Ostseeraum ausgebaut.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt ist Rail Baltica, ein Greenfield-Bahninfrastrukturvorhaben, dessen Ziel die vollständige Integration der baltischen Staaten in das europäische Bahnnetz ist. Ich freue mich, dass unter den Zulieferern des Projekts eine starke Präsenz österreichischer Unternehmen zu finden ist, die mit ihrer Expertise wesentlich zum Erfolg des Vorhabens beitragen.

Mit einem bilateralen Handelsvolumen von 296,2 Millionen Euro unterhalten Lettland und Österreich wertvolle Wirtschaftsbeziehungen. In welchen Bereichen sehen Sie Potenzial für eine intensivere Zusammenarbeit?

Lettland konzentriert sich aktiv auf wachstumsstarke Branchen, die im Einklang mit seiner Forschungs- und Innovationsstrategie für intelligente Spezialisierung stehen. Zu den Schlüsselsektoren gehören die wissensintensive Bioökonomie, Biomedizin, medizinische Technologien und Pharmazeutika, Photonik und intelligente Materialien, Technologie und technische Systeme, intelligente Energie sowie Informations- und Kommunikationstechnologien. Darüber hinaus ist Lettland

führend in den Bereichen erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien und engagiert sich stark für Projekte und Unternehmen, die die globale Energiewende vorantreiben.

Die lettische Mikroelektronikindustrie expandiert ebenfalls und deckt die Bereiche Mikrochipdesign, Waferherstellung und Siliziumkristallzüchtung ab. Damit stärkt das Land seine Position als wettbewerbsfähiger Akteur in der globalen Hightech-Produktion. Weiters ergänzt die Integration von blauer Biomasse aus der Ostsee die traditionellen Bioressourcen, wobei für die blaue Bioökonomie bis 2030 ein jährliches Wachstum von sieben Prozent prognostiziert wird.

Nach meinem Besuch in Österreich und den wertvollen Gesprächen während des Arbeitssessens in der österreichischen Industriellenvereinigung bin ich davon überzeugt, dass diese Sektoren mit hoher Wertschöpfung ein erhebliches Potenzial für den Auf- und Ausbau unserer bilateralen Zusammenarbeit bieten.

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU ist ein zentrales Anliegen der Industriellenvereinigung. Der lettische Kommissar Valdis Dombrovskis wird in diesem Zusammenhang ein wichtiges Ressort betreiben. Was muss auf europäischer Ebene getan werden, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu steigern?

Wir müssen nicht nur eine hohe Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch deren Nachhaltigkeit gewährleisten, indem wir sicherstellen, dass die Unternehmen produktiv und umweltfreundlich bleiben. Im Bereich Infrastruktur und Verkehr ist es essenziell, sowohl die kommerzielle Wettbewerbsfähigkeit als auch die militärische Mobilität zu stärken. So hat der Freihafen von Riga kürzlich zwei Investitionsvereinbarungen mit der Europäischen Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) unterzeichnet, um die kommerzielle Leistung des Hafens und seine militärische Einsatzbereitschaft zu verbessern. Darüber hinaus genehmigte das lettische Ministerkabinett eine Investition in Höhe von 64,5 Millionen Euro zur Entwicklung der Infrastruktur des Freihafens von Riga. Diese Investition fördert die Produktion von Offshore-Windkraftanlagen in Lettland und spielt eine entscheidende Rolle in der Lieferkette der Europäischen Union.

ZUR PERSON

Kaspars Briškens ist seit September 2023 Verkehrsminister Lettlands. Zuvor war er Abgeordneter des nationalen Parlaments, wo er auch den Vorsitz der sozialdemokratischen Fraktion „Die Progressiven“ innehatte. Davor hielt er unter anderem Führungspositionen bei Rail Baltica und diverse Positionen in der Diplomatie.

Der Standort braucht Vollgas für einen neuen Aufschwung!

Die gestartete Industriestrategie muss rasch Prioritäten definieren und jene Dinge in die Umsetzung bringen, die einen Aufschwung befeuern und incentivieren können.



Was Unternehmen und (Industrie-)Ökonomen längst klar war, hat nun auch die Regierung schwarz auf weiß: 2025 wird ein weiteres Jahr des wirtschaftlichen Rückgangs. Wifo und IHS gehen von einem BIP-Minus von 0,2 bis 0,3 Prozent aus – es ist die längste Rezession der Zweiten Republik und insgesamt der stärkste Rückgang in der EU und der OECD. Das hat natürlich Folgen, mit denen man hätte rechnen können: Das Budgetloch vergrößert sich und es braucht eine noch größere Anstrengung, um den Wirtschaftsmotor wieder mit Energie zu versorgen.

Sich jetzt rein auf die Budgetkonsolidierung zu konzentrieren wäre allerdings ein großer Fehler. Vielmehr muss 2025 ein Jahr der Weichenstellungen werden, die den

Aufschwung in den kommenden Jahren ermöglichen und längerfristig absichern. Denn viele der möglichen Maßnahmen greifen nicht kurzfristig, sondern sind Mittel- bis Langfrist-Projekte. Es gibt eine Reihe struktureller Hausaufgaben zu machen und es ist richtig und wichtig, dass sich die Regierung – an der Spitze der neue Wirtschaftsminister – vorgenommen hat, rasch eine neue, nachhaltige Industriestrategie vorzulegen. Viele Themen und Beschlussfassungen sind verzögert oder liegen gelassen.

Dazu gehören unter anderem das Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) und das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) – beide kommen nun zum Beschluss. Ziel muss sein, Steuern und Netzgebühren mit aller Kraft zu senken,

denn die hohen Energiepreise sind einer der ganz großen Hemmschuhe für unsere bislang international erfolgreiche Exportwirtschaft. Wir brauchen zudem dringendst eine Verlängerung der Strompreiskompensation, die bei uns 2022 (!) ausgelaufen ist, während sie in zahlreichen EU-Ländern mindestens bis 2030 verlängert wurde.

Entbürokratisierungsmaßnahmen wie die umfassende Senkung der Berichtspflichten sind ebenso vorrangig, das belastet das Budget um keinen Cent mehr. Hier weckt das robuste Auftreten des verantwortlichen Staatssekretärs Hoffnung. Sehr wichtig ist zudem die Ausarbeitung bzw. Fertigstellung einer umfassenden Fachkräftestrategie – sonst laufen wir Gefahr, dass uns die Arbeitskräfte fehlen, wenn Produktionskapazitäten wieder

ausgeweitet werden und die Wirtschaftsleistung Fahrt aufnimmt.

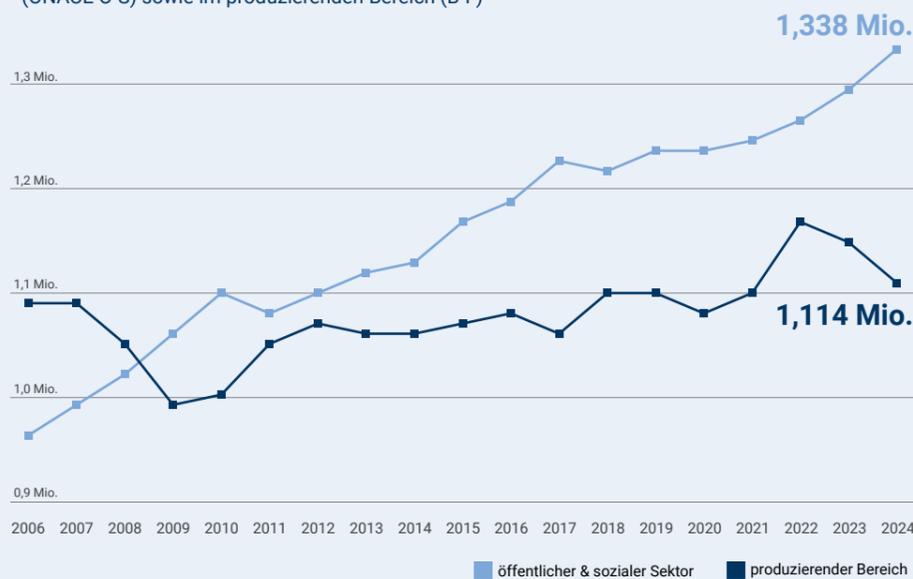
Es ist grundsätzlich gut zu sehen, dass die Industrie 2025 ins Zentrum der Strategien der EU-Kommission sowie der Regierungen Österreichs und unseres wichtigen Handelspartners Deutschland rückt (siehe Coverstory). Und es ist wichtig, dass Worten schnell Taten folgen – sonst geht die Deindustrialisierung in Europa und in einer Reihe von Bereichen auch in Österreich ungebremst weiter.

Ihr

Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Jobs: Wachstum beim Staat, Minus in der Industrie
Vergleich der Erwerbstätigen im öffentlichen und sozialen Sektor (ÖNACE O-S) sowie im produzierenden Bereich (B-F)



Quelle: Statistik Austria. Anm.: Zeitreihenbruch aufgrund einer Erhebungsumstellung im Jahr 2021

In den letzten zwei Jahren sind im produzierenden Bereich 56.600 Jobs verloren gegangen, während die Zahl der Erwerbstätigen im öffentlichen und sozialen Bereich um 70.000 Personen angestiegen ist. Vor dem Jahr 2008 gab es in der Industrie noch mehr Erwerbstätige, seitdem ist die Schere aufgegangen: Zuletzt gab es im Vorjahr im öffentlichen und sozialen Sektor 223.600 Beschäftigte mehr als im produzierenden Bereich. Im gesamten Betrachtungszeitraum sind die größten Zuwächse im Erziehungs- und Unterrichtswesen sowie im Gesundheits- und Sozialbereich zu verzeichnen.

Zahl des Monats

36.673

Mit 36.673 Neugründungen von Unternehmen wurde im Vorjahr trotz Rezession ein neuer Rekord erreicht. 46 Prozent davon wurden von Frauen gegründet, das Durchschnittsalter der Gründerinnen und Gründer betrug 36,6 Jahre. Bei den Neugründungen nach Sparten dominierte Gewerbe und Handwerk mit einem Anteil von 39,7 Prozent, gefolgt von Handel (25,6 Prozent) sowie Information und Consulting (19,9 Prozent). Der Umstieg in die Selbstständigkeit ist dabei für einen Großteil der richtige Schritt: Die Statistik zeigt, dass sieben von zehn Unternehmen auch nach fünf Jahren noch aktiv sind.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino, Alexander Jestl, Tom Matanovic, Nicola Skalé.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV/Matanovic, Philipp Horak, Austria Wirtschaftsservice GmbH/APA-Fotoservice/Schedl, IV, JI/Junge Industrie

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

KI-Einsatz verändert Österreichs Industrie

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz bietet große Potenziale für die Industrie und treibt die digitale Transformation voran. Wir haben mit den Vorsitzenden der IV-Taskforce KI, Thomas Arnoldner, Deputy CEO der A1 Group, und Christoph Knogler, CEO der KEBA Group, gesprochen.

Wie verändert der KI-Einsatz die Industrie und wo liegen die größten Potenziale?

Thomas Arnoldner: Aus meiner Sicht gibt es zwei Ebenen: Zum einen liegt der Fokus für die traditionellen Wirtschaftszweige aktuell sehr stark darauf, durch KI bestehende Prozesse, Produkte oder Leistungen zu optimieren und damit produktiver und konkurrenzfähiger zu werden. Zum anderen wird sich durch den umfassenden Einsatz von KI im Alltag der Menschen und Unternehmen das Konsumverhalten und damit die Nachfrageseite massiv verändern. Viele Produkte und Dienstleistungen werden vollkommen obsolet und ganz andere – der neuen Realität entsprechende – werden stark nachgefragt werden. Wer also sowohl die Fragen der Optimierung bestehender Prozesse durch KI als auch der Antizipation zukünftiger Marktveränderungen am besten meistert, wird erfolgreich bleiben können.

Christoph Knogler: Nach dem KI-Hype der letzten Jahre ist es Zeit, das Thema zu entmystifizieren und KI als das zu sehen, was sie ist: ein Set an Hightech-Tools im Werkzeugkoffer der Digitalisierung und Automatisierung. Diese gilt es als Industrie zu nutzen, um unsere Prozesse, Produkte und Dienstleistungen konsequent weiterzuentwickeln. Dafür braucht es einen begeisterten, aber zugleich nüchternen Zugang, um vorhandene Potenziale etwa in Qualität, Wartung und Planung zu heben – im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit.

Warum ist es so wichtig, jetzt zu handeln?

Arnoldner: Unternehmen, die KI frühzeitig strategisch einsetzen, sichern sich einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Es reicht nicht, KI nur zu nutzen: Wir müssen von Usern zu Ownern werden, um Innovationen auch monetarisieren zu können. Wenn wir unsere Technologien nicht selbst entwickeln, verlieren wir wei-

ter Souveränität und Wertschöpfung an andere Märkte – an die USA und China. Jetzt zu investieren bedeutet, die digitale Zukunft aktiv zu gestalten, statt sie nur zu konsumieren. Die Taskforce KI soll die Unternehmen auf ihrer KI-Journey begleiten, einen Erfahrungsaustausch ermöglichen und die Möglichkeit schaffen, gemeinsame Potenziale zu heben.

Knogler: Weil wir keine Zeit zu verlieren haben. Die Personalkosten sind in Öster-

reich in den letzten Jahren gestiegen wie in keinem anderen Land. Dem kann nur mit Effizienz- und Produktivitätssteigerungen begegnet werden – durch Automatisierung, Digitalisierung und den gezielten Einsatz von KI. Wer allerdings denkt, Europa könne sich damit noch immer als Vorreiter gegenüber den USA und Asien positionieren, irrt: Alle Regionen sind bereits auf den KI-Zug aufgesprungen und bauen ihre Kompetenz aus. Wir dürfen den Anschluss nicht verpassen.



Thomas Arnoldner, Deputy CEO A1 Group.



Christoph Knogler, CEO KEBA Group.

AI Factory Austria: Wichtiger Meilenstein für das KI-Ökosystem

Beim IV-Forum „Digitale Transformation“ Mitte März standen konkrete KI-Anwendungen in der Industrie und die angekündigte AI Factory Austria („AI:AT“) im Mittelpunkt.

Vor mehr als 150 Gästen unterstrich IV-Präsident Georg Knill die gewaltigen Potenziale der Schlüsseltechnologie KI für den Gesundheitsbereich, die Verwaltung, die Forschung, die Industrie – und den wichtigen Meilenstein, der mit dem erfolgreichen Antrag für die AI Factory Austria zur maßgeblichen Stärkung des KI-Ökosystems nun gesetzt wird.

Professor Andreas Kugi spannte in seiner Keynote den Bogen über KI-Anwendungsfälle, vom Fake-Shop-Detektor bis zu autonomen Staplern, gefolgt von spannenden Insights aus der Industrie, wie KI-Lösungen zur automatisierten Qualitätskontrolle, zum Schutz kritischer Infrastrukturen und in der Abfallindustrie

eingesetzt werden. Zudem wurde aufgezeigt, welche Chancen Edge-Computing und On-Device AI in der Produktion bieten, wie mittels synthetischer Daten vortrainierte Foundation-Modelle die Wartung verbessern und wie KI-Bots und LLMs für Kundenanfragen genutzt werden.

Im zweiten Teil stand der Ausbau von AI Factories zur Stärkung der technologischen Souveränität im Fokus. Gabriella Scipione von CINECA, das die bereits gestartete italienische AI Factory („IT4LIA“) betreibt, erläuterte die Bedeutung des HPC-Netzwerks für Europa. Sehr erfreulich ist, dass dieses nun durch „AI:AT“ erweitert wird und auch Österreich als KI-Standort mit am Start ist. Vorgestellt wurden technische Eckpunkte, angebotene Hard- und

Software-Services sowie mögliche Anknüpfungspunkte für Wirtschaft und Wissenschaft. Entscheidend ist, dass Europa an Tempo gewinnt und auf Ökosysteme und Kooperationen setzt.

Zur AI Factory Austria („AI:AT“)

„AI:AT“ wird basierend auf dem Vienna Scientific Cluster mit einem KI-optimierten Supercomputer und als physischer AI-Hub aufgebaut und bietet Computing Power, Data Storage, Softwareservices sowie Innovations- und Ausbildungsunterstützung als One-Stop-Shop für Industrie, Startups und Wissenschaft. Prioritäre Bereiche sind Biotech, Manufacturing, der Public-Sektor und Physik. Die Leitung liegt bei Advanced Computing Austria und dem AIT, die Finanzierung beträgt 80 Mio.

Euro, je zur Hälfte aus EU-Mitteln und nationaler Co-Finanzierung.



PHÖNIX 2025: BÜHNE FÜR ÖSTERREICHS GRÜNDERINNEN UND GRÜNDER

Mitte März wurde der Gründungspreis Phönix 2025 im Haus der Industrie vergeben. Dabei wurden von Wissenschaftsministerin Holzleitner und Startup-Staatssekretärin Zehetner die besten österreichischen Prototypenprojekte aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Spin-offs, Startups sowie Female Entrepreneurs prämiert. Der Gründungspreis wird seit 2012 jedes Jahr von der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) im Auftrag des Wissenschafts- und des Wirtschaftsmini-

steriums organisiert und in Kooperation mit der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und der Industriellenvereinigung umgesetzt. IV-Generalsekretär Christoph Neumayer betonte die Bedeutung der technologischen Souveränität in den Schlüsseltechnologien der Zukunft für den österreichischen Wirtschaftsstandort. Zentral dafür sind die Umsetzung eines starken nächsten EU-Forschungsrahmenprogramms und des im neuen Regierungsprogramm verankerten Forschungsquotenziels von vier Prozent.



Wertpapierbesitz ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen

Mittlerweile investieren 30 Prozent der Österreicher in Wertpapiere, die Bedeutung der privaten Vorsorge nimmt zu.

Die dritte Ausgabe des „Aktienbarometers“ – eine jährliche Umfrage im Auftrag der Industriellenvereinigung, des Aktienforums und der Wiener Börse – zeigt einen signifikanten Aufwärtstrend im Anlageverhalten der Österreicher. Von 2022 bis 2024 ist der Wertpapierbesitz in Österreich von 25 Prozent auf 30 Prozent gestiegen – fast jeder dritte Österreicher investiert somit mittlerweile in Aktien, Anleihen oder Investmentfonds und ETFs. „Der Wertpapierbesitz ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, hält Studien-

autor Peter Hajek fest. Erfreulich ist dabei, dass zudem rund ein Viertel der Bevölkerung, das bisher noch nicht investiert ist, Interesse an der Wertpapieranlage zeigt.

Die drei wichtigsten Motive für Aktieninvestments sind langfristiger Vermögensaufbau, der Werterhalt des Geldes in Inflationsphasen und die Pensionsvorsorge. Vor allem Letztere hat in den letzten Jahren als Grund für Aktieninvestments zugenommen. Bei der privaten Pensionsvorsorge habe Österreich aber noch großen Aufholbedarf gegenüber Ländern

wie Dänemark oder den Niederlanden: Dort werden über 200 Prozent des BIP in kapitalgedeckte Pensionspläne investiert, in Österreich sind es nicht einmal sieben Prozent.

Die zweite und dritte Säule des Pensionsystems müsse daher dringend gestärkt werden, betonen IV-Präsident Georg Knill und Aktienforum-Präsidentin Angelika Sommer-Hemetsberger. „Ein starker Kapitalmarkt ist essenziell für die Absicherung unseres Sozialsystems und die Absicherung unseres Wohlstands“,

hält Georg Knill fest. Das Pensions- und Sozialsystem steht schließlich vor großen Herausforderungen – es gebe bei den Pensionen eine wahre „demografische Bombe“, wie auch Fiskalratspräsident Christoph Badelt kürzlich feststellte. Kapitalmarkt und Sozialsystem sind laut Angelika Sommer-Hemetsberger kein Widerspruch: „Die Systeme ergänzen und brauchen einander.“

Das Regierungsprogramm bleibt in Bezug auf den Kapitalmarkt leider vage. Der Raum für die Ausgestaltung, den heimischen Kapitalmarkt zu stärken, müsse daher ausgenutzt werden – denn die Regierung habe eine stabile und starke Mehrheit und sei imstande, nachhaltige Reformen und langfristige Systemveränderungen umzusetzen, so IV-Präsident Knill. Dabei müsse auch nichts Neues erforscht oder erfunden werden, gibt der CEO der Wiener Börse, Christoph Boschan, zu bedenken: Die Kraft des Zinseszineffekts sei jedermann bewusst und Eigenkapitalrenditen seien bekanntermaßen doppelt so hoch wie Fremdkapitalrenditen. Ein „mächtiges Instrument“ wäre, kleine Teile aus dem Umlageverfahren auch am Kapitalmarkt zu allokalieren, wie Schweden es tut. Boschan sieht jedenfalls einen „deutlichen Handlungsauftrag nach innen“, die heimische Investorenbasis zu vergrößern und Partizipation sicherzustellen. Dafür sei auch eine Behaltfrist für Individuen ein möglicher Ansatz.



V.l.n.r.: Christoph Boschan (Vorstandsvorsitzender der Börsengruppe Wien und Prag), Angelika Sommer-Hemetsberger (Präsidentin des Aktienforums), Georg Knill (Präsident der Industriellenvereinigung), Peter Hajek (Meinungsforscher, Public Opinion Strategies).



Aktienforum-Präsidentin Angelika Sommer-Hemetsberger und IV-Präsident Georg Knill bei der Präsentation des „Aktienbarometers“.

Expertenmeinung von MONIKA SCHUH

Was der deutsche Bahnausbau für Österreichs Industrie bedeutet

Die geplanten Netzsanierungsvorhaben der Deutschen Bahn haben gravierende Auswirkungen auf die österreichische Industrie. Effiziente Umleitungskapazitäten sind unerlässlich.

Die Infrastrukturgesellschaft der Deutschen Bahn, die DB InfraGO AG, plant bis 2030 eine Generalsanierung von über 4.000 km Streckennetz auf weiten Teilen des deutschen Bundesgebiets. Diese Investitionen sind notwendig und langfristig positiv, werden aber insbesondere für den Güterverkehr extrem spürbar sein. Im Zuge dessen soll nämlich im Jahr 2026 auch der Korridor Nürnberg – Passau generalsaniert werden, der für Österreichs Industrie von enormer Bedeutung ist, weil ein Fünftel der österreichischen Schienenverkehrsmengen über Passau transportiert wird. Eine Totalsperre der Strecke Nürnberg – Passau könnte die Versorgungssicherheit

der Bahntransporte für die verladende Industrie in Deutschland und Österreich 2026 stark gefährden. Nach ÖBB-Prognosen sind durch die geplanten Gesamtsperren zwischen Nürnberg und Passau bis zu 140 Güterzüge pro Tag von den Bauarbeiten bei DB InfraGO betroffen. Diese Güterzüge müssen erhebliche Umwege im mitteleuropäischen Eisenbahnnetz zurücklegen. Aufgrund der starken Auslastung der Umleitungsstrecken können nur für rund 80 % der Verkehre alternative Laufwege angeboten werden. Industrie und Logistik sind daher aufgerufen, mit adäquater Vorlaufzeit leistungsfähige Güterverkehrsalternativen für den Zeitraum der Leistungseinschränkungen zu finden.

Die Generalsanierung der Hochleistungskorridore im deutschen Bahnnetz verschärft die Situation für den Industriestandort Österreich zusätzlich zur aktuell angespannten Konjunkturlage. Umso dringender braucht es daher eine enge Kooperation von Industrie, Politik und Infrastruktur, um die Auswirkungen der Sperren und Baustellen bestmöglich abzufedern und durch rechtzeitige sowie umfassende Information Planungssicherheit für die betroffenen Betriebe zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund fanden am 21. Februar in Linz der Kick-off einer Informationsreihe im Rahmen einer Pressekonferenz bei Plasser & Theurer sowie ein ÖBB-Industrie-Dialog bei der IV-Oberösterreich u.a. mit ÖBB-CEO

Andreas Matthä, Plasser-&-Theurer-CEO Johannes Max-Theurer, voestalpine-Vorstand Hubert Zajicek, Vize-Generalsekretär Peter Koren und Verkehrslandesrat Günther Steinkellner statt.



V.l.n.r.: Günther Steinkellner, Andreas Matthä, Johannes Max-Theurer, Peter Koren.



Monika Schuh, Geschäftsführerin IV-Infrastrukturausschuss, Bereich Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen, Energie.

Es braucht volle Kraft für die Industrie

Der Druck auf den produzierenden Sektor bleibt hoch. Jetzt wird – spät, aber doch – auf EU-Ebene und in den Regierungsprogrammen wichtiger Industrieländer wie Österreich einiges in Bewegung gebracht.

Der Einbruch der Industrie in den vergangenen zweieinhalb Jahren hat die Politik offensichtlich wacherüttelt: 2025 rückt das Rückgrat der Wirtschaft in vielen europäischen Industrieländern ganz oben auf die Agenda. Die EU-Kommission hat mit dem „Clean Industrial Deal“ den Takt vorgegeben und zielt mit diversen Aktionsplänen im Detail auf einzelne wichtige Industriezweige ab; erste Bürokratiebremsen werden betätigt. Aber auch in den Mitgliedsländern tut sich etwas: Deutschland setzt vor allem auf die Rüstungsindustrie und kurbelt mit einer Infrastruktur-Initiative den Bausektor an. In Österreich muss die kommenden zwei Jahre eisern gespart werden – bis Jahresende soll eine umfassende eigene Industriestrategie fertig entwickelt sein.

Dringend erwarteter Plan

Aufzuholen gibt es viel: In den vergangenen zwei Jahren sind in Österreich sieben Prozent an industrieller Wertschöpfung verloren gegangen. Seit dreieinhalb Jahren melden Industrieunternehmen im Rahmen des Konjunkturbarometers der Industriellenvereinigung bei der aktuellen Geschäftslage keine Aufwärtsbewegung. Der Ausblick auf das erste Halbjahr 2025 wird von den Unternehmen zwar nicht mehr so negativ beurteilt wie noch ein Quartal davor, aber auch hier verharrt der Wert weiterhin unter null. Heuer dürfte ein weiteres schwieriges Jahr bevorstehen – Wifo und IHS gehen in ihrer jüngsten Konjunkturprognose von einem dritten Rezessionsjahr aus. Es ist die längste Rezession der Zweiten Republik und der stärkste wirtschaftliche Rückgang in der EU – und es wird noch ein wenig dauern, bis die zu erwartenden Konjunkturimpulse aus dem wirtschaftlichen Umfeld Österreichs hierzulande greifen. Die neue Bundesregierung hat bereits in der Präambel des Regierungsprogramms ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Österreich formuliert.

Positiv sieht die Industriellenvereinigung auch die Erarbeitung einer Fachkräftestrategie, mit drei Ansätzen: „Diese Maßnahmen sind richtig und wichtig, um den Fachkräftemangel einzudämmen. Bedauerlicherweise sind Anreize für mehr Leistung

sowie längeres Arbeiten aktuell noch nicht vorgesehen; nichtsdestotrotz wird es auch hier entsprechende Maßnahmen brauchen, um nachhaltig und weiterhin erfolgreich zu sein“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Schnellere Verfahren, günstigere Energie, Bekenntnis zu Forschung und Entwicklung

Teile der Industriestrategie werden jedenfalls eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und weitere Maßnahmen zur Senkung der hohen Energiekosten für Unternehmen sein. Im Energiebereich wurden erste Schritte bereits auf den Weg

„Prioritäres und kurzfristiges Ziel muss es sein, dass die heimische Industrie ihre Produkte wieder zu wettbewerbsfähigen Preisen auf den Weltmärkten anbieten kann.“

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

gebracht: Abschreibemöglichkeiten für Investitionen in das Netz sollen die Netzkosten senken, und damit auch die Kosten für Unternehmen. Mit dem Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ElWG) und dem Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) kommen zwei lang erwartete Gesetze endlich zum Beschluss. Ab 2027 ist die Senkung der Lohnnebenkosten angekündigt. „Der klare Pfad: 3,7 Prozent und damit ein Absenken auf deutsches Niveau“, sagte Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer Mitte März in

einem Interview. Bis dahin muss gespart werden, und zwar länger als gedacht: Von bis zu zwölf Milliarden Euro im laufenden Jahr war zuletzt die Rede – ein EU-Defizitverfahren scheint mittlerweile unumgänglich. Positiv sind jedenfalls das Bekenntnis zur Forschungsprämie und Mehrausgaben für Forschung und Entwicklung.

Deutsche Pläne und Finanzpaket

In Deutschland formiert sich derzeit eine Regierung aus CDU/CSU und SPD, und wie vor Kurzem in Österreich gehen die Regierungsverhandlungen schleppend; Knackpunkte sind vor allem Steuerentlastungen und Migration. Mittlerweile haben 16 Arbeitsgruppen intern Ergebnisse vorgelegt, die strittigen Punkte werden auf Ebene der Steuerungsgruppe weiterverhandelt. Grundlage bildet ein elfseitiges Papier, auf das sich die Parteien in der Sondierungsphase verständigt haben. Darin ist beispielsweise von Anreizen für unternehmerische Investitionen die Rede, und von einer Unternehmenssteuer- und Einkommensteuerreform, die sich in den weiteren Verhandlungen mit der SPD als schwieriger Punkt entpuppt hat. Bei Energiepreisen sollen Unternehmen auch kurzfristig entlastet werden, vor allem durch Senkungen von Stromsteuer und Netzgebühren. Die Strompreiskompensation soll auf weitere energieintensive Branchen ausgeweitet werden. In Österreich ist die Strompreiskompensation bereits 2022 ausgelaufen und harrt seither ihrer Verlängerung.

Strategisch wichtige Branchen sollen in Deutschland gehalten bzw. neu angesiedelt werden; für den Automobilstandort hat man sich Technologieoffenheit vorgenommen. Die Koalitionsverhandler wollen sich zudem für Freihandelsabkommen wie mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten starkmachen und neue Handelsabkommen, etwa mit den USA, anstreben. Zum Thema Bürokratie will man Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten rückbauen und die Zahl der gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsbeauftragten reduzieren. Können die Versprechen gehalten werden, wäre das für den deutschen Wirtschaftsstandort eine gute Nachricht. Auch von dem noch im „alten“ Bundestag durchgebrachten Finanzpaket, das insgesamt

mehr als 1.000 Milliarden Euro an Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur bringt, sind deutliche Konjunkturimpulse zu erwarten – auch für Österreich, wenn auch voraussichtlich erst ab 2026.

Die „Action Plans“ der EU

Unterstützt werden die europäischen Industrieländer von der Europäischen Kommission, die heuer gleich mehrere „Action Plans“ für die Industrie auf den Weg bringt. Im Februar konnte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den lange erwarteten „Clean Industrial Deal“ vorlegen. Dabei handelt es sich um die große Vision für den europäischen Standort. Diese soll entlang von insgesamt sechs zentralen Herausforderungen entwickelt werden:

- Energiesicherheit und leistbare Energiepreise
- Schaffung von Leitmärkten
- Finanzierung
- Recycling von und Zugang zu kritischen Rohstoffen
- Fokus auf Qualifizierung und Skills
- Zugang zu globalen Märkten und Förderung von internationalen Partnerschaften

Die ersten Schritte, die die Kommission setzt, sind ein Paket zur Entbürokratisierung („Omnibus“, siehe Artikel re.) im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung und ein „Action Plan“ für niedrigere Energiepreise. Demnächst soll auch ein neues System für staatliche Beihilfen geschaffen und die Vergaberichtlinie hin zu einem „Buy European“ weiterentwickelt werden. Den bereits auf den Weg gebrachten „Action Plans“ für die Auto- und die Stahlindustrie sollen weitere mit der Industrie akkordierte Strategien für Schlüsselbranchen folgen. Bisher handelt es sich bei den EU-Plänen jedoch um unverbindliche Guidelines; konkrete Gesetzesinitiativen sollen laut Ankündigung nur im Ausnahmefall geplant sein. „Es ist klar, dass ausschlaggebende Verbesserungen nur möglich sein werden, wenn sie einheitlich und verbindlich umgesetzt werden. Als Industriellenvereinigung werden wir die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen, die über die nächsten zwei Jahre hinweg geplant sind, intensiv und aktiv begleiten“, so Neumayer.

Expertenmeinung von MARION POGLITSCH

Entbürokratisierung jetzt!

Ermöglichen wir Unternehmen einen Sprint mit leichtem Rucksack.

Lassen wir erdrückende Berichtspflichten ohne Mehrwert los – die Zeit ist reif, Einsicht ist gegeben, jetzt geht es um die Umsetzung! Die Industriellenvereinigung setzt sich intensiv für die Entlastung von Unternehmen und Bürgern ein. Gemeinsam mit dem europäischen Dachverband BusinessEurope hat die IV eine Deregulierungsforderungsliste mit 68 konkreten Belastungen und Vorschlägen zu deren Beseitigung erarbeitet. Die Forderungsliste wurde an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und an den Rat der Europäischen Union übermittelt. Zusätzlich übergab die IV gemeinsam mit der WKÖ einen Brief mit dringenden Forderungen zur Omnibus-Richtlinie an Executive Vice-President Stéphane Séjourné sowie an die EU-Kommissare Magnus Brunner und Valdis Dombrovskis.

Die Europäische Kommission veröffentlichte Mitte Februar den sogenannten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit

sowie ihr Arbeitsprogramm für 2025. Darin spricht sie sich u. a. für den Abbau unnötiger Bürokratie aus. Gelingen soll das Projekt mit einer Reihe von Vereinfachungsmaßnahmen, sogenannten Omnibus-Paketen, die in einzelne Themengebiete untergliedert sind. Im straff gesetzten Zeitplan gibt es derzeit im „Ersten Omnibus-Paket“ intensive Arbeitssitzungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive / CSRD), zur Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive / CSDDD) und der EU-Taxonomie. Gleichzeitig möchte die Europäische Kommission im „Zweiten Omnibus-Paket“ sowohl eine Vereinfachung zum Zugang zu Investitionen als auch zusätzliche Investitionen ermöglichen. Aktuell appelliert der Europäische Rat an die Kommission und die Mitgesetzgeber, dass die Kosten aller Verwaltungslasten um mindestens 25 % und für KMU um mindestens 35 %, wie im Arbeitsprogramm vorgesehen, tatsächlich gesenkt werden.



Marion Poglitsch, Expertin im Bereich Wirtschafts-, Finanz- & Rechtspolitik der Industriellenvereinigung.

Auf nationaler Ebene gab es im Lauf der Jahre bereits mehrere „Deregulierungsbestreben“, wie etwa den Deregulierungsauftrag aus dem Jahr 2001, die Haushaltsrechtsreform 2013, mit der eine „Wirkungsorientierte Folgenabschätzung“ (WFA) verknüpft war, oder das Deregulierungsgrundsatzgesetz von 2017. Aus Sicht der Industrie würde ein Bürokratiekostenindex den Abbau bürokratischer Auflagen sichtbar machen. Außerdem sollten neue Gesetze einer verbindlichen Wettbewerbsfähigkeitsprüfung unterzogen werden.

Es gibt bereits vielversprechende Vorschläge, es fehlt nur an deren Realisierung. Schaffen wir Vereinfachung!

Expertenmeinung von JUDITH OBERMAYR-SCHREIBER & OLIVER SEITER

Österreichs Sparkurs

Konsolidierung um jeden Preis?

Nach einer langen Phase der Regierungsbildung setzt die neue Bundesregierung mit Nachdruck die vereinbarten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung um – u. a. mit dem am 7. März beschlossenen Budgetmaßnahmenanierungsgesetz 2025 sollen heuer 6,3 Milliarden Euro eingespart werden. Doch während der Staatshaushalt profitiert, tragen Unternehmen und Verbraucher die finanzielle Last – mit potenziellen Folgen für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit.

Steuererhöhungen auf breiter Front

Eine umstrittene Maßnahme ist die Verlängerung des Spitzensteuersatzes von 55 % für Einkommensteile über eine Million Euro bis 2029. Damit bleibt Österreich auf Platz drei in Europa – ein Standortnachteil, der Top-Verdiener und Unternehmenszentralen abschrecken könnte. Zusätzliche Belastungen treffen die Finanz- und Energiebranche: Die Stabilitätsabgabe für Banken steigt von 150 auf 200 Millionen Euro jährlich, ergänzt durch eine Sonderabgabe von 300 Millionen Euro in den Jahren 2025 und 2026. Die ursprünglich bis 2024 befristeten Energiekrisenbeiträge werden bis 2030 verlängert, und der Beitragssatz für überschüssige Markterlöse aus Strom steigt auf 95 %. Die überraschenderweise zusätzlich von

Finanzminister Markus Marterbauer geplante neue Steuer auf Stromerzeugung im Inland, der „Elektrizitätswirtschaftstransformationsbeitrag (EWTB)“, konnte von der IV rechtzeitig vor der Beschlussfassung im Nationalrat abgewehrt werden. Die Tabaksteuer für Tabak zum Erhitzen steigt drastisch (von 197 Euro auf 339 Euro pro Kilogramm), die Wettgebühren erhöht sich von 2 % auf 5 %, und die USt-Begünstigung für PV-Anlagen endet am 1. April 2025 – statt wie ursprünglich geplant Ende 2025. Besonders umstritten ist die Abschaffung der Steuerbefreiung für Elektroautos: Bisher waren emissionsfreie Fahrzeuge von der motorbezogenen Versicherungssteuer befreit – das ändert sich ab 1. April 2025.

Mittelstandspaket: Reicht das aus?

Während einzelne Branchen härter besteuert werden, wird versucht, kleine und mittlere Betriebe (KMU) punktuell zu entlasten. Die Basispauschalierung wird bis 2026 schrittweise auf 420.000 Euro und 15 % angehoben, die Belegausdrucks-pflicht bis 35 Euro entfällt, und leichte Nutzfahrzeuge (N1) sind ab 1. Juli 2025 von der NoVA befreit. Zudem will die Regierung Bürokratie abbauen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Doch ob diese Maßnahmen ausreichen, um die Belastungen für andere Wirtschaftsbereiche auszugleichen, bleibt fraglich.



Judith Obermayr-Schreiber (IV-Bereich Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie) und Oliver Seiter (IV-Bereich Wirtschafts-, Finanzpolitik & Recht).

Fazit: Sparen mit Risiken

Das Budgetmaßnahmenanierungsgesetz 2025 bringt deutliche Mehrbelastungen für Banken, Energiewirtschaft, Glücksspiel, Tabak und Leistungsträger. Besonders kritisch sind die Auswirkungen auf Österreichs Standortattraktivität: Hohe Steuern, steigende Energiekosten und Unsicherheit bei Investitionen könnten langfristig negative Folgen haben. Die entscheidende Frage bleibt: Wird die Regierung es schaffen, die Herausforderungen in den Bereichen Arbeitskosten, Energiekosten und Bürokratie nachhaltig zu lösen? Eine baldige Evaluierung dieser Maßnahmen wird dringend erforderlich sein.



Expertenmeinung von VIKTOR FLEISCHER

Beste Bildung für ganz Österreich

Zum Einstand setzt die neue Bundesregierung ein starkes Zeichen – mit einem Bildungsprogramm, das zentrale Forderungen des IV-Bildungsprogramms „Beste Bildung“ aufgreift.

Es enthält wichtige und richtige Maßnahmen für eine positive Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Österreich. Die angekündigte österreichische Fachkräftestrategie entspricht der IV-Forderung nach einem strategischen Zugang zur Erhöhung des Fachkräftepotenzials aus dem In- und Ausland; ergänzt durch zahlreiche MINT-Maßnahmen wie z.B. die Weiterentwicklung der HTL als „Technikschule der Zukunft“ und mehr MINT-Studienplätze an Fachhochschulen (FH). Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung unter

gesetzlich verankerten einheitlichen Qualitätsstandards, einem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr und der Förderung betrieblicher Kinderbetreuung soll ein Ressourcenpaket durch den Bund ab 2026 einhergehen. Lehr-, Berufs- und Studienorientierung obligatorisch zu machen unterstützt die Lehrausbildung ebenso wie die angekündigte Verbesserung ihrer finanziellen Basis und der Berufsschulen. Die von der IV geforderte Qualitätsoffensive Grundbildung wird u.a. durch die Einführung einer Bildungspflicht oder den Ausbau schulischer Finanz- und Wirtschaftsbildung, mittel-

fristig auch durch grundlegende Reformen wie einen Ausbau der Ganztagschulen und mehr Schulautonomie umgesetzt. Den FH wird bessere finanzielle Planungssicherheit, eine schlankere Programmakkreditierung und mehr Autonomie in der Studienplatzbelegung zugesichert. Die angekündigte Hochschulstrategie 2040 zielt auf die von der IV eingeforderte Profilschärfung zwischen den mittlerweile 77 Hochschulen ab. Neben der Reform der Bildungskarenz sind eine Strategie für lebenslanges Lernen 2040, individuelle Bildungskonten und die Evaluierung von Bildungsprämien für



Viktor Fleischer, Geschäftsführer des Bildungspolitischen Ausschusses der IV, Experte für berufliche Bildung.

Unternehmen sehr positive Maßnahmen zur Erwachsenenbildung. Verbesserungen rund um die Rot-Weiß-Rot-Karte und bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse werden durch das Aufgreifen des IV-Themas der Talentpartnerschaften und ein verpflichtendes Integrationsprogramm inkl. Kompetenz-Screenings ergänzt. Die IV wird sich intensiv für die Umsetzung dieser erfreulichen Ankündigungen des Regierungsprogramms im Bereich Bildung einsetzen!

Weitere Infos:
<https://beste-bildung.at/>

Frauen an die Spitze: Zwei Erfolgsprogramme ebnen den Weg

Das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ und das Führungskräfteprogramm „Zukunft.Frauen“ unterstützen weibliche Führungskräfte auf ihrem Karriereweg und sorgen für mehr Sichtbarkeit.

Vielfalt in Führungsgremien stärkt Unternehmen und treibt Innovation voran. Um mehr Frauen in Spitzenpositionen zu bringen, setzt die Industriellenvereinigung auf gezielte Initiativen: Zwei erfolgreiche Programme – das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ und das Führungskräfteprogramm „Zukunft.Frauen“ – unterstützen weibliche Führungskräfte auf ihrem Karriereweg und sorgen für mehr Sichtbarkeit.

IV-Sparringprogramm: Frauen für den Aufsichtsrat stärken

Mit einer feierlichen Abschlussveranstaltung wurde der dritte Jahrgang des IV-Sparringprogramms „Netzwerk Aufsichtsrat“ erfolgreich beendet. In Kooperation mit ABZ* Austria verfolgt dieses Programm ein klares Ziel: Top qualifizierte Frauen, die ein Aufsichtsratsmandat anstreben, sichtbar zu machen und sie gezielt zu vernetzen. Durch

praxisorientiertes Sparring und gezielte Vernetzungsmöglichkeiten erweitern die Teilnehmerinnen ihr Netzwerk und stärken ihre Positionierung. „Das Programm geht über ein Ausbildungsprogramm hinaus – es geht um die Kraft des Netzwerks und um dessen Weiterentwicklung. Und es wirkt: Einerseits durch das hohe Interesse, andererseits sind Frauen durch dieses Programm bereits als Aufsichtsrätinnen tätig geworden“, betont IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka. Unternehmen, die auf der Suche nach Expertinnen für Führungs- oder Kontrollgremien sind, finden alle Informationen und Kontaktmöglichkeiten auf der Website des Programms: <https://sparringprogramm.at/>.

„Zukunft.Frauen“: 25. Durchgang erfolgreich absolviert

In der Woche des Weltfrauentags fand zudem die feierliche Diplomverleihung des 25. Jahrgangs des Führungskräfteprogramms



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 3. Durchgangs des IV-Sparringprogramms „Netzwerk Aufsichtsrat“.

„Zukunft.Frauen“ statt. Seit 2010 unterstützt das Programm Frauen dabei, ihre Karriere weiterzuentwickeln – mit praxisnahen Workshops, wertvollem Mentoring und gezieltem Networking. BMAW, WKO und IV engagieren sich gemeinsam dafür, mehr weibliche Führungskräfte zu fördern und ihre Sichtbarkeit zu stärken. Bei der Abschlussveranstaltung betonte Staatssekretärin Elisabeth Zehetner die

Bedeutung der Förderung von Frauen in Führungspositionen: „Die Vorteile liegen auf der Hand: Frauen spielen eine entscheidende Rolle, sowohl gesellschaftlich als auch für einen erfolgreichen Standort.“ Der 27. Durchgang des Programms ist bereits ausgeschrieben; Interessentinnen können sich bis 22. Mai 2025 bewerben. Alle Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung unter: www.zukunft-frauen.at.

IV-DIVERSITÄTSPREIS SPEKTRUM: JETZT BEWERBEN!

Der IV-Diversitätspreis SPEKTRUM ist zurück! Bereits zum zweiten Mal zeichnet die Industriellenvereinigung Unternehmen aus, die Diversität gezielt fördern und dadurch zur Innovationskraft sowie Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich beitragen.

Viele Unternehmen haben erkannt, dass Vielfalt der Schlüssel zu Innovation und Erfolg ist. Sie setzen gezielt auf Diversität,

um die klügsten Köpfe mit unterschiedlichsten Hintergründen zu gewinnen. Mit dem IV-Diversitätspreis SPEKTRUM werden jene Unternehmen vor den Vorhang geholt, die mit einer offenen Unternehmenskultur neue Ideen fördern, Potenziale entfalten und aktiv dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Denn: Diversität ist nicht nur eine Frage der Fairness – sie ist ein entscheidender Wettbewerbsvorteil! Noch bis zum 31. Mai

2025 können IV-Mitgliedsunternehmen ihre Vorzeigeprojekte unter www.spektrum.iv.at einreichen und zeigen, wie sie Vielfalt in den Bereichen Geschlecht, Alter, Herkunft / Ethnische Zugehörigkeit sowie Inklusion / Menschen mit Beeinträchtigung aktiv vorantreiben.

Die feierliche Preisverleihung findet am 10. November 2025 im Haus der Industrie statt.



WEBTIPP

Alle Informationen und das Einreichformular unter www.spektrum.iv.at.

Neue Impulse für die Junge Industrie

Anfang März traf sich der Bundesvorstand der Jungen Industrie zur diesjährigen Klausur in Salzburg – dieses Mal jedoch in einem erweiterten Format: Zum ersten Mal nahmen auch die Vorstände aus den Bundesländern an der Klausur teil, um gemeinsam die künftigen Ziele und Themen der JI zu erarbeiten (JI Leaders Circle).

Im Fokus der Klausur standen dieses Jahr die strategische Ausrichtung und die Erarbeitung neuer Themenschwerpunkte. In verschiedenen Workshops wurden zentrale Themen wie Innovation, Digitalisierung und Klimaschutz diskutiert. Ziel war es, Antworten auf aktuelle wirtschaftspolitische Herausforderungen zu finden, die den Industriestandort für die nächste Generation sichern können.

Neben den Workshops gab es für die Teilnehmer auch spannende Vorträge von Experten, die entscheidende Impulse in der gemeinsamen Ausarbeitung der Themen setzen konnten. So eröffnete Peter Unterkofler, IV-Salzburg-Präsident und Geschäftsführer der Jacoby GM Pharma GmbH, die Klausur mit seiner Einschätzung zur aktuellen Lage des Wirtschaftsstandorts Österreich. Daneben ging er außerdem auf politische Entwicklungen wie etwa die Wettbewerbsfähigkeit und den internationalen Handel ein. Ebenfalls zu Gast war IV-Generalsekretär Christoph Neumayer – bei seinem Vortrag konnten die JI-Vorstände Einblicke in die Herausforderungen für die neue Bundesregierung sowie in die im Regierungsprogramm geplanten Maßnahmen gewinnen.

Ebenfalls heiß diskutiert wurden Fragen zum Thema USA bzw. Trump-Regierung, zu denen IV-Bereichsleiter Igor Sekardi den Klausurteilnehmern in seinem Referat Rede und Antwort stand. Weitere Diskussionspunkte waren die

österreichische Energieversorgung, die steigenden Gaspreise sowie polizeiliche Sicherheitsthemen.

Neben den intensiven inhaltlichen Diskussionen kam auch das Teambuilding nicht zu kurz – beim Eisstockschießen ging die Zusammenarbeit in einen informellen Austausch über. Die Klausur endete mit einer Bundesvorstandssitzung, in der nicht nur die Ergebnisse der Workshops und Impulse zusammengefasst wurden, sondern auch erste Maßnahmen zur Umsetzung der erarbeiteten Strategien festgelegt werden konnten.



Der JI Leaders Circle.



DANKE, DONALD!

Make Europe great again.

Seit Donald Trumps Rückkehr auf die weltpolitische Bühne wird eines klar: Europa kann sich auf die USA als Partner immer weniger verlassen. Und das hat einen unerwarteten Nebeneffekt – die EU rückt zusammen; politisch und wirtschaftlich. Plötzlich verspürt man Entschlossenheit auf dem Kontinent, selbst Verantwortung zu übernehmen – sei es bei der Verteidigung, bei der Energieversorgung oder bei der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Trump könnte der Motor der europäischen Wirtschaft sein, den wir so lange gesucht haben.

Die Zölle und Zollandrohungen seitens der USA verunsichern Firmen und Investoren, was sogar den sehr trägen europäischen Finanzmarkt aus dem Dornröschenschlaf geholt hat. Die hiesigen Aktienmärkte haben in den letzten Wochen stärker performt, als viele erwartet hatten – nicht trotz, sondern wegen der wirtschaftlichen Situation in Übersee.

Aber nicht nur für Europa ist das Verhalten der Vereinigten Staaten problematisch. Angesichts der launischen Drohungen sowie eines möglichen Rückzugs der USA aus diversen multilateralen Verträgen müssen sich viele Länder die Frage stellen, mit wem sie in Zukunft kooperieren möchten. Das ist eine Riesenchance für die EU, an Bedeutung als sicherer Handelspartner für den Rest der Welt zu gewinnen: Ob mit Südamerika, Indien oder Staaten in Südostasien – Europa muss dieses Momentum nutzen und sich aktiv um neue bilaterale Handelsabkommen bemühen.

Natürlich bleibt die Unsicherheit trotzdem groß, und Trumps Politik ist unberechenbar. Aber eines ist sicher: Der alte Kontinent schläft nicht mehr. Und manchmal ist ein lauter Nachbar genau das, was es braucht, um selbst aufzuwachen.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Wer macht morgen die Arbeit?

Der demografische Wandel führt dazu, dass in den nächsten zehn Jahren in Österreich 540.000 Beschäftigte fehlen. Im Rahmen eines Themenfrühstücks im Haus der Industrie wurden mögliche Lösungsansätze zur Bewältigung dieser Herausforderung diskutiert.

Die IV-Wien-Vizepräsidentin Ursula Simacek, CEO und Mit-eigentümerin der SIMACEK Holding GmbH, betonte in ihrer Begrüßung, dass Österreich echte Reformen brauche: „Es ist wie mit einer Kur: Auch wenn man weiß, dass es einem gut tut, muss man sich zuerst einmal überwinden. Aber nach einiger Zeit merkt man dann die positiven Folgen.“ Man müsse stärker in die Strukturen eingreifen, ansonsten sei das Land weder zukunftsfit noch wettbewerbsfähig. Beim Thema Fachkräfte gebe es zwar einige Initiativen, sowohl auf Bundes- als auch Landesebene, aber: „Was fehlt, ist eine abgestimmte Gesamtstrategie“, so die Unternehmerin. In seinem folgenden Impuls unterstrich der Chefökonom der IV, Christian Helmenstein, wie „extrem positiv“ er den Titel „Wer macht morgen die Arbeit?“ finde, denn „vor einigen Jahren haben viele von der drohenden Massenarbeitslosigkeit durch Digitalisierung und Robotisierung gesprochen; das ist

aber ausgeblieben.“ Frühere industrielle Revolutionen hätten sozusagen die Muskelkraft der Menschen verstärkt, durch den Einsatz von KI werde der menschliche Geist als Instrument gestärkt.

„Haben ein riesiges Bildungsthema“

In der anschließenden Podiumsdiskussion hob Petra Draxl, Vorstandsmitglied des AMS Österreich, hervor, dass man in Österreich weiter einen Fachkräftemangel habe, ein großer Teil der derzeitigen Arbeitslosen verfüge jedoch nur über geringe Bildungsabschlüsse. „Wir haben also ein riesiges Bildungsthema“, erklärte sie. Langfristig finde sie es zudem problematisch, dass „wir uns viel zu wenig mit der Demografie beschäftigen“; dies werde vor allem Regionen wie etwa Kärnten oder das Burgenland massiv betreffen. Um die in Österreich verbreitete Teilzeit einzudämmen, brauche es sicher Reformen, etwa im Steuerbereich oder beim Thema Kinderbetreuung. Auch Andreas Matthä, CEO der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), betonte die

Bedeutung von Bildung – denn immerhin erhöhe die fortschreitende Digitalisierung eben auch den Bildungsdruck. Die ÖBB wachsen derzeit stark und suchen jährlich zwischen vier- und fünftausend neue Mitarbeiter. Für die Bahn sei die Lehrlingsausbildung zentral, so Matthä: „Ohne die gäbe es uns nicht.“ Der Eigentümer und CEO der Humanocare Group, Julian Hadschieff, ging in seinem Statement ebenfalls auf das Thema Demografie ein, aber aus

Sicht der Pflege: Man unterschätze nach wie vor den „massiven Bedarf“ an zusätzlichen Pflegekräften aufgrund des demografischen Wandels. Roboter könnten hier auch in den nächsten Jahren nur bedingt Aufgaben übernehmen. Die Entwicklungen rund um KI seien allerdings tatsächlich ein „extrem großer Vorteil“ für Menschen mit Behinderung. Hadschieff bezifferte die Lücke bei Pflegekräften in den kommenden Jahren mit rund 70.000 Personen.



V.l.n.r.: András Szigetvari (Moderation, „Der Standard“), IV-Wien-Vizepräsidentin Ursula Simacek (Simacek Holding), Andreas Matthä (ÖBB), Petra Draxl (AMS), Julian Hadschieff (Humanocare).

Startups, Industrie, Forschung – Wien vernetzt sich für Innovation

Wien erwirtschaftet mit rund 120 Milliarden Euro fast ein Viertel der gesamten österreichischen Wertschöpfung, ist Spitzenreiterin bei internationalen Betriebsansiedlungen und damit die treibende Kraft der heimischen Wirtschaft.



Dominic Weiss ist seit 2025 Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien.

Das kommt nicht von ungefähr, sondern ist das Ergebnis der strategischen Wirtschaftsförderung Wiens und des Schulterschlusses mit Institutionen wie der Industriellenvereinigung Wien. Damit das dynamische Wiener Ökosystem weiterwachsen kann, neue Talente anzieht und die Unternehmen Zugang zu dringend benötigten Fachkräften erhalten, braucht es auch in Zukunft starke Partnerschaften und kreative Formate. Dominic Weiss, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien, erklärt, welche Maßnahmen für die Standortentwicklung wichtig sind und welche Initiativen gemeinsam vorangetrieben werden.

Welche Bedeutung hat die Partnerschaft mit der Industriellenvereinigung Wien für die Wettbewerbsfähigkeit Wiens?

Es ist eine Partnerschaft, die seit Jahren intensiv gepflegt wird und für den guten internationalen Ruf mitverantwortlich ist. Die Zahlen der aktuellen Ansiedlungsbilanz zeigen, dass sich Wien im internationalen Wettbewerb mit 218 angesiedelten Unternehmen sehr gut behauptet. Wien punktet nicht nur mit einem exzellenten universitären Umfeld und hochqualitativen Fachkräften, sondern vor allem mit einer hohen Stabilität. Es ist gerade in herausfordernden Zeiten wichtig, Kräfte zu bündeln und gemeinsam nach tragfähigen Lösungen zu suchen. Unsere Stadt verfügt über enormes Innovationspotenzial. Damit sich dieses voll entfalten kann, braucht es den Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Startups und öffentlichen Institutionen. Starke Partnerschaften wie jene mit der IV-Wien erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, weil sie Wissen generieren und neue Impulse setzen. Mir ist es wichtig, weiterhin gezielt auf die Bedürfnisse der Industrieunternehmen einzugehen, um sie zu stärken – sei es durch maßgeschneiderte Förderungen oder internationale Vernetzungsangebote.

Eine gemeinsame Kooperation ist das Wiener Forschungsfest. Welche Rolle spielt das Event für die Wirtschaft?

Fortschritt beginnt mit Wissen und Neugier bei den Kleinsten. Daher ist es

wichtig, in den Nachwuchs zu investieren. Mit dem Wiener Forschungsfest haben wir ein Format geschaffen, um Kinder und Jugendliche für Wissenschaft, Technik und Forschung zu begeistern und junge Talente für das Berufsleben von morgen zu fördern. Gerade für Industrieunternehmen ist es wichtig, an den richtigen Stellschrauben zu drehen, um den Nachwuchs in den MINT-Berufen zu sichern. Das Forschungsfest trägt seit mehr als zehn Jahren wesentlich dazu bei, junge Menschen an Zukunftsberufe heranzuführen – allein heuer haben 200 Forscher daran mitgewirkt, den 13.000 Besuchern ihre Arbeit niederschwellig und nahbar zu erklären.

Wien ist inzwischen ein international bekannter Startup-Standort. Wie profitieren etablierte Unternehmen und Startups voneinander – und welchen Beitrag leistet die ViennaUP?

Startups bringen disruptive Ideen in etablierte Branchen. Sie ermöglichen es bestehenden Unternehmen, zukunftsweisende Technologien und Produkte schneller in vorhandene Strukturen zu integrieren. Gelingt das Zusammenspiel zwischen renommierten Betrieben und innovativen Startups, ist das ein entscheidender Wettbewerbsvorteil für eine Stadt. Gemeinsam mit der IV-Wien haben wir in den letzten Jahren viel für den Wirtschaftsstandort Wien erreicht – nicht zuletzt durch den Imageturbo ViennaUP, ein internationales Startup-Festi-

val, das Gründer, Investoren, Talente und Kreative aus aller Welt nach Wien bringt. ViennaUP bietet weit mehr als nur eine Konferenz: Der hohe internationale Anteil von 55 Prozent beweist, dass die ViennaUP den Nerv der internationalen Startups trifft. Alle Events im Rahmen des Festivals werden von der Community für die Community gestaltet und sind thematisch breit gefächert – dieses Konzept ist einzigartig und hat uns in die Top-Liga der internationalen Startup-Festivals katapultiert – 2025 wurden wir vom anerkannten Index „StartupBlink“ zur Nummer drei der europäischen Startup-Festivals gewählt.



WEBTIPP

Mehr Infos zur ViennaUP:
<https://viennaup.com/>

Mehr Infos zur Wirtschaftsagentur Wien:
<https://wirtschaftsagentur.at/>



Dass eine neuerliche Präsidentschaft von Donald J. Trump Herausforderungen für den Rest der Welt mit sich bringen würde, überrascht nicht, aber die Heftigkeit, Radikalität und Erratik der Maßnahmen des Weißen Hauses haben binnen kürzester Zeit Freunde und Verbündete schockiert und auf den Plan gerufen. Das fein gesponnene Netz der globalisierten Wirtschaft wird täglich neuen Zerreißproben ausgesetzt. Wird es nun endgültig zerreißen? Das ist eine existenzielle Frage gerade für Österreich, da wir als exportstarkes Industrieland durch die Globalisierung einen gewaltigen Aufschwung und damit großen Wohlstand für die Menschen in unserem Land geschaffen haben.

Jetzt hat sich aber das Spiel gedreht bzw. geändert: Was tut man, wenn die Basis unseres Wohlstandsmodells fundamental bedroht ist und alte Freunde einem die Freundschaft aufkündigen? Jammern und Schmollen bringt nichts, man muss sich blitzschnell umorientieren (denn eine Rückkehr zum Status quo ante ist derzeit nicht vorstellbar), aus der Not erfinderisch werden, enger zusammenrücken und sich auf die wahren Freunde besinnen. Vieles davon beobachten wir derzeit in Europa. Was wir daher jetzt brauchen, ist eine schonungslose Stärken/Schwächen-Analyse und darauf aufbauend die Erarbeitung einer grundlegend neuen Industrie-, Verteidigungs- und Wohlfahrtsstrategie.

Die Zeit, in der es sich Länder mit einer Staatsquote von über 50 Prozent leisten konnten, das Geld vor allem für

Transferleistungen und den Konsum auszugeben, ist endgültig vorbei. Wir müssen Europa und seine Volkswirtschaften neu denken und als Erstes bei uns zu Hause anfangen: nicht mit der Kettensäge, aber auch nicht nur mit Stoßbeten – sondern wie der Häuslbauer mit der Mörtelkelle und strikt nach volkswirtschaftlichem Lehrbuch. Dadurch können sich unter Umständen auch neue Chancen für die heimische und europäische Industrie ergeben.

Der erste Schritt dazu muss eben sein, dass wir alle und vor allem die Politik ehrlich Bilanz ziehen, eine nüchterne Bestandsaufnahme machen und dann mutig neue Schritte setzen – eine große Aufgabe und Chance für die neue Bundesregierung aus ÖVP, SPÖ und Neos, deren Energie leider primär im Überwinden der Unterschiedlichkeiten und im Finden des kleinsten gemeinsamen Nenners absorbiert wird, was sich an einer Summe zaghafter Schritte zeigt, ohne echten Gestaltungs- und Reformwillen, um Österreich als modernen Staat neu aufzustellen. Eine Pensions-, Gesundheits- oder gar Föderalismusreform werden nicht einmal angedacht. Überrascht es ehrlich irgendwen, dass wir nun einen jährlichen Konsolidierungsbedarf von über zwölf Milliarden Euro haben, nachdem wir in den Jahren seit Ausbruch der Coronapandemie rund 50 Milliarden Euro an Hilfen, Förderungen und Unterstützungen ausgegeben haben? Wobei diese Riesensumme im Konsum verpufft ist und die Inflation befeuert hat, ohne langfristige Werte zu schaffen. Wenn Kommentatoren besorgt mit dem kritischen Zeigefinger

ZEIT FÜR EINEN REALITYCHECK

Es sind nicht einmal drei Monate vergangen und wir befinden uns in einer komplett neuen Welt(un)ordnung. Zeit für eine Standortbestimmung und Kursänderung – in Österreich und in Europa.

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an debatte@iv.at.

auf den Merz'schen „Doppel-Wumms“ hinweisen – ist ihnen klar, dass Deutschlands Verschuldung mit 62 Prozent des BIP im Vergleich zu unseren 83 Prozent solch epochale Verteidigungs- und Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 1.000 Milliarden eher schultern kann? Vielmehr sollten wir uns bestmöglich aufstellen, um daran mit unseren Zulieferbetrieben zu partizipieren; auch im Verteidigungs-, Luftfahrt- und Cybersecurity-Bereich.

Wenn die Regierung sagt, man wolle eine Industriestrategie erarbeiten, dann ist es gut gemeint, aber nicht immer gut, denn die erste Maßnahme wäre die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen – viel mehr wollen und brauchen wir im Grunde auch gar nicht –, die die Deindustrialisierung und den freien Fall von Teilen der Wirtschaft bremsen, aufhalten oder gar umkehren könnten. Man will es schon gar nicht mehr hören, aber wo sind die ganz konkreten Deregulierungsmaßnahmen, die Eliminierung von Gold-Plating, die Vereinfachungen und Prozessbeschleunigungen? Wie steht es um die innovative öffentliche Beschaffung, um unsere Tech-Startups von der Abwanderung abzuhalten?

Die Frühjahrs-KV-Verhandlungen werden uns zeigen, ob es nun wirklich, wie manche behaupten, eine neue Sozialpartnerschaft gibt, die Abschlüsse mit Augenmaß ermöglicht. Diese müssten übrigens deutlich unterhalb der Inflationsrate liegen. Ebenso klar ist, dass wir mehr und nicht weniger arbeiten werden müssen – wobei sich diese Arbeit aber natürlich auch lohnen muss! Nur so kann es uns gemeinsam gelingen, unsere Wettbewerbsfähigkeit wieder zu stärken.

Die Zeit, in der wir seitens der Industrie ständig neue sinnvolle Forderungen an die Bundesregierung stellen und hoffen, dass diese auch erfüllt werden, ist vorbei. Wir müssen uns an diese neuen Gegebenheiten anpassen, wenn wir das Grundproblem nicht ändern können. Denn es ist im Grunde ähnlich wie mit der Klimakrise:

Wir brauchen eine Doppelstrategie, die die Ursachen bekämpft, aber auch die Auswirkungen mitigiert.

Suchen wir in dieser neuen Welt nach neuen Marktnischen und Kompetenzfeldern, in denen wir sehr wohl wieder reüssieren können! Mit neuen Absatzmärkten (2024 hat der Welthandel den höchsten Stand aller Zeiten mit 33 Billionen Dollar erreicht, so auch der Handel zwischen den Emerging Markets), neuen Partnern und auch mit neuen Technologien. Europa sollte aus vollem Eigennutz so viel wie möglich für sich arbeiten: Wir müssen also aufrüsten – okay, aber dann bitte mit europäischen Firmen und Konsortien, auf die man sich im Ernstfall auch verlassen kann. Dass das gut funktionieren kann, sehen wir am Erfolg von Airbus. Das gilt auch für uns in Österreich – auch wir haben Unternehmen, die von den aktuellen Entwicklungen profitieren könnten, wenn sie sich bei den europäischen Programmen, z.B. bei der ESA (European Space Agency), früh einbringen würden.

Noch haben wir in Österreich und Mitteleuropa eine starke wissenschaftliche und industrielle Basis, auf die wir aufbauen können. Beides muss gezielt gestärkt werden, etwa indem man die Spitzenkräfte aus Forschung und Entwicklung, die in den USA unter den DOGE-Kürzungen und der „Westküsteneliten-Bekämpfung“ unter Trump leiden, aktiv nach Europa lockt. Eine gute Idee, die wir auch in Österreich aufgreifen sollten.

Nutzen wir doch die vielen neuen Technologien – manche mögen woanders erfunden worden sein; umso mehr sollten wir danach trachten, diese nun smarter einzusetzen. In wenigen Jahren könnten wir dann mit einem schlankeren und sparsameren Staat sowie einer starken Industrie unseren Wohlstand auch wieder für alle heben und in unserem schönen Land mit viel Fleiß auch wieder ein gutes Leben für alle ermöglichen.

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien



Das Paketlogistikzentrum in Wien-Inzersdorf.

JI-WIEN: BETRIEBSBESICHTIGUNG BEI DER ÖSTERREICHISCHEN POST

Das im April 2024 fertiggestellte Logistikzentrum im 23. Bezirk erstreckt sich über eine beeindruckende Fläche von 22.000 m² und öffnete Ende Februar die Pforten für die Junge Industrie Wien.

Nach einer Einführung in die umfassenden Betriebsabläufe durch Generaldirektor-Stellvertreter Peter Umundum erhielten die JI-Mitglieder eine spannende Führung durch den modernen Standort in Wien-Inzersdorf. Besonders interessant zu beob-

achten war die effiziente hybride Arbeitsweise im Unternehmen: Anlagen mit hohem Automatisierungsgrad sortieren und verteilen hier gemeinsam mit 260 engagierten Mitarbeitern in zwei Schichten täglich über 250.000 Pakete.

Wien-Wahl im Fokus

Die Vorstandssitzung der IV-Wien war inhaltlich von der Wiener Gemeinderats- und Landtagswahl am 27. April dominiert. Doch auch die Bundespolitik war Thema.

Zu Beginn der Sitzung führte Präsident Christian C. Pochtler aus, welche Aufgaben die neue Bundesregierung aus ÖVP, SPÖ und Neos nun prioritär bewältigen müsse: „Die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit ist genauso alternativlos wie eine ausgabenseitige Budgetsanierung.“ Österreich stecke nach wie vor in der hartnäckigsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Angesichts dessen sei es erschreckend, sagte Pochtler, dass „das alte Klein-klein des typisch österreichischen Parteien-Hickhacks noch immer das Wichtigste für die Politik zu sein“ scheine. Es müsse jetzt rasch zu einem konstruktiven Abarbeiten der wichtigsten Aufgaben kommen, forderte der Präsident.

In der EU gebe es erste „erfreuliche Signale“: Man müsse zwar noch auf die konkreten Detailvorschläge warten, aber

„das klare Bekenntnis der neuen Kommission zu Deregulierung und Bürokratieabbau“ sei jedenfalls zu begrüßen. Dies sei angesichts der Schwerpunkte der aktuellen US-Administration von ganz besonderer Bedeutung, da Europa rasch eigenständiger und wettbewerbsfähiger werden müsse. Ein Handelskrieg mit den USA drohe. Dass man es vor Jahren verabsäumt habe, das Handelsabkommen TTIP mit den USA abzuschließen, sei im Rückblick „ein böses Eigentor“ gewesen, betonte der Präsident.

Anlässlich der Wien-Wahlen im April hatte die IV-Wien Spitzenrepräsentanten der fünf größten wahlwerbenden Parteien eingeladen. Aus terminlichen Gründen musste Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr bereits im Vorfeld absagen, bedauerlicherweise fiel auch Stadtrat Peter Hanke aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig aus.

Standort Wien – quo vadis?

Als ersten Gast konnte Präsident Pochtler den Landesparteiobmann der FPÖ, Stadtrat Dominik Nepp, in der Sitzung begrüßen. Nepp ist seit 2021 Obmann der Wiener Freiheitlichen. Er kommt aus einer Unternehmerfamilie, weswegen ihm die Wirtschaftsaffinität „sozusagen in die Wiege gelegt wurde“, wie Pochtler anmerkte. Nepp kritisierte in seinen Ausführungen vor allem den „Rekordschuldenstand“, den die Stadt Wien mittlerweile erreicht habe. Zudem wird laut dem FPÖ-Stadtrat zu wenig für die Wirtschaft und Leistungsträger getan: Wichtige Wirtschaftsförderungen seien gestrichen worden und es brauche mehr Unterstützung für alle, „die etwas leisten wollen“. Nepp betonte beim Thema Zuwanderung, dass man zwar Fachkräfte aus dem Ausland brauche, aber sich aussuchen müsse können, „wer nach Österreich kommt“.

Auch die Spitzenkandidatin der Grünen, Stadträtin Judith Pühringer, betonte in ihrem Statement die Wichtigkeit, die Wirtschaft in Wien zu stärken – „im Einklang mit Ökologie und Nachhaltigkeit“. Pühringer ist 2020 als Quereinsteigerin in die Politik gewechselt und führt die Wiener Grünen seit Oktober 2021 gemeinsam mit Peter Kraus. Wichtig sei ihr in Wien besonders auch eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Beim Thema Zuwanderung betonte sie vor allem den Bereich der Integration: Es müsse rascher gelingen, Menschen aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt zu bekommen.

ÖVP-Landesparteiobmann und Stadtrat Karl Mahrer stellte sich als letzter Spitzenkandidat den Fragen der Vorstandsmitglieder. Mahrer hatte sich vor allem ab 2009 als Landespolizeikommandant für Wien einen Namen gemacht, der Volkspartei in Wien steht er seit dem Jahr 2021 vor. Auch er betonte die Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen für jene zu verbessern, „die sich etwas aufbauen wollen“. Zudem müssten UVP-Verfahren beschleunigt, bürokratische Hürden abgebaut und ausreichend Betriebsflächen für Ansiedelungen in Wien gesichert werden. Massive Herausforderungen sieht Mahrer im Bildungsbereich: Zu viele Kinder hätten Defizite bei den Deutschkenntnissen.

Politische Analyse

Zum Abschluss der Sitzung referierte Politikexperte Thomas Hofer über den Zustand der Parteien auf Bundesebene – bezeichnenderweise lautete der Titel seiner Präsentation „Das letzte Aufgebot“. Damit meine er nicht nur die Führungsebenen der Parteien; ganz allgemein gäbe es Schwierigkeiten, Personen zu finden, die das politische Handwerk verstehen. ÖVP und SPÖ seien eigentlich dazu verdammt, nun miteinander etwas zusammenzubekommen, und das trotz der doch erheblichen inhaltlichen Differenzen zwischen den beiden Parteien. Das reine „Verhindern von Herbert Kickl“ als Gemeinsamkeit sei zu wenig, Hofer verließ daher seiner Befürchtung Ausdruck, dass „faule Kompromisse“ das Leitthema der neuen Bundesregierung werden könnten.



IV-Wien-Präsident Pochtler über die Herausforderungen für die neue Bundesregierung.



Politikexperte Thomas Hofer bei seinen Ausführungen.



Die Grünen-Spitzenkandidatin Judith Pühringer will ihr politisches Augenmerk insbesondere auf die Kreislaufwirtschaft legen.



Präsident Pochtler begrüßt ÖVP-Spitzenkandidat Karl Mahrer in der IV-Wien-Vorstandssitzung.



Dominik Nepp von der FPÖ kritisiert den Schuldenstand der Stadt Wien.